

CONSEIL FÉDÉRAL
Procès-verbal de la séance du 29 avril 1867¹

1746. Unterredung mit Hrn. General v. Röder.

Politisches Departement. Vortrag v. 27. diess.

Von der *Unterredung des Bundespräsidenten mit dem neuen preussischen Gesandten Hrn. General v. Röder* vom 27. April², wie sie vom politischen Departement mit Nachstehendem zur Kenntniss des Bundesrathes gebracht wurde, ist Vormerkung genommen worden.

Auf die Frage über die Dispositionen der preussischen Regierung habe Hr. General v. Röder erwidert: der König, wie sein Minister, hätten die besten Absichten zur Erhaltung des Friedens, sofern ein ehrenhaftes Mittel zur Erledigung der Luxemburg-Frage sich finden lasse. In den offiziellen Kreisen bestehe weder Feindschaft, noch aggressive Tendenz, noch Widerwillen gegen Frankreich, eher wäre dieses in Süddeutschland der Fall. Als Hr. v. Röder Preussen verlassen habe, sei daselbst alles auf dem vollkommensten Friedensfuss gestanden. Die preussischen Generäle wünschen den Krieg nicht, weil sie dessen Schwierigkeiten und Folgen kennen. In Berlin bestehe kein Ehrgeiz nach neuer Vergrösserung; Preussen sei hinlänglich vergrössert und könnte fürderhin nur auf Kosten von Verbündeten oder auf eine wenig haltbare andere Weise sich vergrössern; es begnüge sich mit dem, wie es sei und suche nichts weiteres. Auf der andern Seite dagegen sei es der Gegenstand einer Art Überwachung und es gebe Manche, welche darauf warten, zu erfahren, ob es nur einer preussischen Interessen-Politik huldige und nicht auch zugleich diejenigen von Deutschland vertheidigen, sondern lediglich für sich selbst handeln werde. Darum könne Preussen Luxemburg nicht aufgeben, oder gar in dessen Annektirung an Belgien willigen. Luxemburg müsste auf diese oder jene Art mit Deutschland verbunden bleiben. Dessen ungeachtet gäbe es immerhin ein ehrenhaftes Mittel, diesen Spezialfall zu erledigen, wenn Preussen nicht zu befürchten hätte, dass die Frage nur ein Vorwand sei, auf welchen dann weitere Begehren folgen würden, aus denen neue Schwierigkeiten entstünden. Preussen fürchte, dass man einen Konflikt suche, denn es kenne die innere Situation Frankreichs und den Stand der Parteien, welche das Staatsoberhaupt auf eine abentheurerliche Politik hindrängen. Lezterer habe allein die Luxemburger Frage gerade in dem Augenblicke heraufbeschworen, wo Deutschland aller seiner Kräfte zur Sammlung und Konstituierung bedürfe. Preussen kenne die Rüstungen Frankreichs, die Bewegungen seiner Mannschaft, die Beischaffung von Material und Pferden, sogar von Ungarn herauf, die durch die Schweiz transitiren sollen; wenn dieses fort dauern würde, so dürfte in kurzer Zeit (:einigen Wochen:) eine Erklä-

1. *Absent: K. Schenk.*

2. *Non reproduit. Cf. E 2/466.*

30 AVRIL 1867

121

rung hierüber von Frankreich verlangt werden. Dieser Zustand könne nicht lange fortbestehen. Preussen rüste, um besser unterhandeln zu können, aber die preussischen Generäle zögen vor, dass der Krieg früher oder später komme.

Auf die Frage über die Dispositionen und Absichten der preussischen Regierung gegenüber der schweizerischen Neutralitätshaltung, so hegen der König und der Minister die besten Absichten und er (:Hr. v. Röder:) sei beauftragt, zu erklären, sie werden die Schweiz respektiren, vorausgesetzt, dass dieselbe auf loyale Weise neutral bleibe und ihr Gebiet vertheidige.

Diese Erklärung habe der Hr. General bei Anlass der Übergabe seines Kredits sodann wiederholt.³

3. Cf. n^o 87.